

Hamburger Forum

Rundbrief 2-20

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

22. Februar 2020

während die Vorbereitungen zum Militärmanöver Defender 2020 laufen, hat der Senat nichts Besseres zu tun, als NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Bundesaußenminister Maas zum „Matthiae-Mahl“ einzuladen. Es war ein CDU-Senat, der 1956 die Tradition des Matthiae-Mahls neu begründete. Zuvor hatte es über 200 Jahre lang aus Kostengründen kein solches Ereignis mehr gegeben. Dieses Mahl, mit dem sich die Reichen und Schönen Hamburgs feiern, geriet schon manches Mal zur Bühne für Kalte Krieger: 1994 warf der estnische Präsident Russland Großmachtambitionen vor. 10 Jahre später trat Estland der NATO bei, die sich damit bis an die Grenzen Russlands ausdehnte. Heute muss man von einem neuen Kalten Krieg des Westens gegen Russland sprechen. Wir nehmen das Matthiae-Mahl somit zum Anlass, um gegen das Militärmanöver Defender 2020 und den neuen Kalten Krieg zu protestieren:

**Eine friedliche und soziale Welt bauen! Nein zum Matthiae-Mahl
Kundgebung auf dem Rathausmarkt: Freitag, 28.2. • 16-17.30 Uhr
Protestaktion bei Ankunft der Gäste um 18.30 Uhr**

Diese Aktion wird von einem breiten Bündnis vorbereitet. Das Flugblatt liegt dem Rundbrief bei.

Die Einladung an die beiden Kalten Krieger ist umso unverständlicher, da auf der letzten Sitzung der scheidenden Bürgerschaft mit großer Mehrheit beschlossen wurde, dass Hamburg den ICAN-Städteappell unterstützt, der sich dafür einsetzt, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Selbst die CDU



Aktivisten für das Atomwaffenverbot vor dem Rathaus, 2018

stimmte für den Antrag, nachdem sie in der Debatte noch Argumente dagegen vorgebracht hatte. Die NATO-Staaten und auch Bundesaußenminister Maas lehnen den Vertrag ab. Sie möchten auf die Atomwaffen als militärisches und politisches Drohpotential nicht verzichten. Dies muss von uns entschieden abgelehnt werden, spielen sie doch damit mit dem Überleben der Menschheit. Wie im Bereich der Klimapolitik müssen wir auch auf diesem Gebiet ein eklatantes Versagen der herrschenden politischen Eliten feststellen. Der Bürgerschaftsbeschluss ist auf jeden Fall ein Erfolg der ICAN-AktivistInnen und der Friedensbewegung. Dass der Zusatzantrag der Linken, der eine Belebung der Hamburger Mitgliedschaft bei „Mayors for Peace“ anstrebte, abgelehnt wurde, zeigt jedoch auch, dass wir beharrlich am Ball bleiben müssen, damit der Bürgerschaftsbeschluss mehr als nur ein Lippenbekenntnis bleibt. Ab Seite 2 drucken wir den Redebeitrag von Holger Griebner ab, den er für den DGB auf der ICAN-Veranstaltung in der Nicolaikirche gehalten hat, die für diesen Bürgerschaftsbeschluss warb.

Zur Vorbereitung von Aktionen gegen das Großmanöver Defender 2020 fanden bundesweit schon mehrere Treffen statt, auch in Hamburg gab es zwei Regionaltreffen. Wir dokumentieren unten einen Aufruf gegen das Manöver. Im Mai wird es in der Heide bei Bergen-Belsen eine größere Aktion geben, über die wir euch informieren werden. Auch beim Ostermarsch wird der Kalte Krieg gegen Russland, für den das Manöver ein Ausdruck ist, ein wichtiges Thema. Wir sammeln noch bis zum 7. März Unterschriften unter unseren Ostermarschaufruf. Den findet ihr im Rundbrief 1-20 oder in unserer Website.

Ein unrühmliches Kapitel ist die Rekrutierung von Minderjährigen für die Bundeswehr. Deutschland kann damit nicht glaubwürdig gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten in bewaffneten Konflikten auftreten. Das Kriegsministerium will nicht auf die Rekrutierung Minderjähriger verzichten, da es ohnehin Probleme hat, genügend freiwillige Soldaten zu finden. Deshalb werden wir in U- und S-Bahnen auch des Öfteren mit Werbung für die Bundeswehr belästigt. Auf Initiative der GEW Hamburg findet zu diesem Problem eine Veranstaltung statt:

Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in die Bundeswehr
Montag • 24.2.2020 • 18 Uhr
Curio-Haus, Hinterhaus, Raum A, Rothenbaumchaussee 15

Wer sich stärker in der Friedensarbeit engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Sitzungen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 3.3., 17.3. + 7.4. • 18 Uhr • Curio-Haus • Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Adresse und E-Mail unten auf Seite 1).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Rede von Holger Griebner am 16.1. in der Krypta der Nicolaikirche für den DGB Hamburg Zum ICAN-Städteappell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
 liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
 liebe Friedensfreund*innen,
 ich danke ICAN und der IPPNW, hier heute einige Worte sprechen zu dürfen für den DGB-Arbeitskreis Demokratie und Frieden. Gewerkschafts- und Friedensbewegung haben eine unübersehbare Gemeinsamkeit: Sie sind in der Defensive. Sie kassieren eine Niederlage nach der anderen mit jedem neuen Krieg und mit jeder Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Hier bei uns und weltweit. Befragen wir die Beschäftigten in den mehr als 90 Rüstungsbetrieben in und um Hamburg, fast ausnahmslos würden sie lieber zivile Produkte fertigen bzw. beforschen. Sie dürfen bis heute nicht darüber mitbestimmen, was hergestellt wird. Kein Betriebsrat oder Vertrauensmann, egal ob in einem Atomforschungszentrum oder bei der Deutschen Bank, kann heute die Herstellung oder Finanzierung von Waffen oder gar atomwaffenfähigem Material stoppen. Echte wirtschaftlich betriebliche Mitbestimmung sieht unser Betriebsverfassungsgesetz nicht vor. Dafür braucht es eine starke gesellschaftliche Bewegung, denn diejenigen, die den Krieg lieben, sind sehr gut organisiert.

Als Donald Trump am 3. Januar das Attentat auf den iranischen General Soleimani anordnete, knallten bei einigen „Investoren“ die Sektkorken. Binnen weniger Minuten schossen die Aktienkurse der großen amerikanischen Rüstungskonzerne um durchschnittlich 5 Prozent in die Höhe. Der Gewinn, der dadurch alleine bei vier der großen Rüstungskonzerne entstand, liegt bei rund 18 Milliarden US-Dollar. Die größten Aktionäre dieser Konzerne sind die

drei gigantischen Finanzkonzerne BlackRock, Vanguard und State Street, die zusammen im Schnitt mit mehr als 20 Prozent an diesen Konzernen beteiligt sind, also durch das Attentat fast 4 Milliarden US-Dollar Gewinn machten.

Die aktuelle Kampagne von ICAN heißt „Don't Bank on the Bomb“. Laut ICAN haben Banken und Finanzkonzerne 2017 insgesamt 748 Milliarden US-Dollar in Unternehmen investiert, die mit der Produktion von Atomwaffen Geld verdienen.

Auch wenn Gewerkschaften bisher nicht die lauteste Stimme in der Friedensbewegung sind: Wir müssen und wir möchten mithelfen, diese zu entwickeln. Rüstungs- und Atomwaffenproduktion und -forschung müssen wir um unseres Überlebens willen umwandeln, und zwar bevor auch hier bei uns Krieg und Vernichtung Einzug halten, so wie es an vielen Orten dieser Welt der Fall ist. Nicht vergessen ist die Erfahrung unserer Väter und Großväter, dass ihnen bei den Erzfeinden Panzer entgegenrollten, in deren Wannen sie das Krupp-Siegel sehen konnten.

Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ ist Gründungskonsens des DGB 1949. Im „Ahlener Programm“ der CDU hieß es noch 1947: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

10 Jahre später sprach am 17. April 1958 Bürgermeister Max Brauer auf dem Rathausmarkt zu 150.000 Demonstrierenden: „Denn an uns alle ist die Frage gestellt, ob wir den Untergang aller Kultur und den Selbstmord oder ob wir die Rettung des Friedens, die Rettung unserer Frauen,

Der Aufruf:

EINE FRIEDLICHE UND SOZIALE WELT BAUEN

NEIN ZU NATO-MILITARISMUS UND SOZIALER UNGLEICHHEIT
NEIN ZUM MATTHIAE-MAHL

wird unterstützt von:



sowie:

Aktionsberatung Defender 2020 AG Hamburg
Aktionsgruppe prekäre Arbeit und gegen Hartz IV
Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit

Freitag, den 28. Februar 2020

Kundgebung 16–17.30 Uhr,
am Heinrich-Heine-Denkmal,
Rathausmarkt

Protestaktion bei Ankunft der
Gäste ab 18.30 Uhr. Bitte bringt
dafür Töpfe und Kochlöffel mit!

EINE FRIEDLICHE UND SOZIALE WELT BAUEN

NEIN ZU NATO-MILITARISMUS
UND SOZIALER UNGLEICHHEIT
NEIN ZUM MATTHIAE-MAHL



KUNDGEBUNG
16–17.30 UHR

PROTESTAKTION
18.30 UHR
bei Ankunft der Gäste
mit Töpfen und Kochlöffeln

FREITAG
28.2.2020

AUF DEM
RATHAUSMARKT

EINE FRIEDLICHE UND SOZIALE WELT BAUEN

NEIN ZU NATO-MILITARISMUS UND SOZIALER UNGLEICHHEIT

NEIN ZUM MATTHIAE-MAHL

Dieses Jahr erfordert der Aufwand für die hochrangigen Gäste beim Matthiae-Mahl des Hamburger Senats unseren Protest in ganz besonderer Weise: NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Außenminister Maas sind als Ehrengäste eingeladen – und das in Zeiten massiver Aufrüstung und militärischer Aggression seitens der NATO!

Armut von Vielen und kriegerische Aggression, wer will das?

Für immer mehr Menschen reichen Einkommen, Rente und Sozialleistungen nicht für Miete, Lebensunterhalt und zur Teilhabe am kulturellen wie gesellschaftlichen Leben. Die soziale Ungleichheit nimmt immer weiter zu, während Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser verkommen, weil aufgrund der menschenfeindlichen Sparpolitik seit Jahren nicht genug investiert wird.

Geflüchteten wird die menschenwürdige Aufnahme verweigert, weil gesagt wird, es sei nicht genug Geld da. Auch die Klimakrise ist die Folge einer Politik, die nicht dem Wohlergehen Aller, sondern den Profiten Weniger dient.

Während sich die gesellschaftliche Krise im Inneren zuspitzt, sollen die Verhältnisse auch durch Aggression nach außen verteidigt werden. So sieht

der Bundeshaushalt in diesem Jahr die höchsten Militärausgaben seit 1945 vor.

Mit dem NATO-Manöver „Defender 2020“ wird Deutschland zur logistischen Drehscheibe eines der größten US-Truppenaufmärsche vor der Grenze Russlands seit Ende des Kalten Krieges.



Dagegen erhebt sich immer mehr Protest. Bundesweit gehen Menschen für den Frieden, den Ausbau des Sozialstaats, die solidarische Aufnahme von Geflüchteten, ein Ende des Pflegenotstands und wirkliche Klimapolitik auf die Straße.



Das Matthiae-Mahl ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Wenn sich die wirtschaftliche, politische und militärische „Elite“ hinter verschlossenen Türen trifft, hat das mit friedlichen Beziehungen und einem guten Leben für Alle nichts zu tun. Mit ihrer neoliberalen und militaristischen Politik widersprechen die Repräsentanten dem Geist der Landesverfassung, dass Hamburg „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“ und die „politische Demokratie mit den Ideen der wirtschaftlichen Demokratie“ verbinden soll. Diese Aufgabe ist heute, 75 Jahre nach der Befreiung als Lehre aus dem Faschismus, in Zeiten, in denen die Humanität durch die zugespitzte gesellschaftliche Situation und die Aggression von Rechts massiv in Frage gestellt wird, noch immer hoch aktuell.

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“ (Albert Einstein, 1931).

Lasst uns in diesem Sinne gemeinsam gegen die soziale und militärische Brutalität eine friedliche und soziale Welt erstreiten! Eine bessere Welt ist möglich!

Weltweit besitzen 42 Reiche so viel wie 3,7 Milliarden Arme.

In Hamburg leben 42.000 Millionäre und 12 Milliardäre, während 193.000 Menschen Hartz IV beziehen, ein Viertel aller Kinder arm sind und mehr als 53.000 Renterinnen und Rentner armutsgefährdet sind.

die Rettung unserer Kinder wollen.“ Er setzte sich an die Spitze der Bewegung „Kampf dem Atomtod“.

Im Januar 1983 hatten die Fraktionen von SPD und GAL in der Eimsbütteler Bezirksversammlung durch einen gemeinsamen Antrag den ersten atomwaffenfreien Bezirk der Stadt Hamburg beschlossen. Am 7. April folgte Altona und im Juni als dritter Bezirk Hamburg Nord.

Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit wurde unter der Leitung von Egon Bahr in den 1980er Jahren am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg entwickelt. Egon Bahr fasste den wesentlichen Gedanken kurz vor seinem Tod am 9. Juli 2015 wie folgt zusammen: „Wer zuerst schlägt, stirbt als Zweiter, setzt die verrückte Bereitschaft zum eigenen Ende voraus. Mit anderen Worten: Die Theorie der Abschreckung war eine unverwendbare Theorie geworden. Praktisch bedeutete dies, dass Sicherheit voreinander nur noch stimmte, solange sie nicht erprobt wurde. Die abstrakte Konsequenz hieß dann also: Sicherheit voreinander muss durch Sicherheit miteinander ersetzt werden.“

In dieser Tradition steht der Hamburger DGB auch heute: Wir beteiligen uns am Ostermarsch und rufen zur Demonstration am Antikriegstag auf. Fünf Gewerkschaftsvorsitzende haben den Appell „Abrüsten statt aufrüsten“ unterzeichnet. Ich zitiere aus dem Brief unserer Hamburger Vorsitzenden Katja Karger an Bürgerschaft und Senat vom 11. September letzten Jahres:

„Daher appelliere ich an Sie, als Vertreterin der Freien und Hansestadt Hamburg, die im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern sein will: Setzen Sie sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass der UN-Vertrag über das Verbot der Atomwaffen schnellstmöglich unterzeichnet wird. Drücken Sie gegenüber der Bundesregierung und der Verteidigungsministerin aus, dass die Erhöhung von Militärausgaben kein Mittel ist, den Frieden zu sichern, und dieses Geld dringender für Bildung, Soziales und eine nachhaltige Gesellschaft benötigt wird.“

Konversion (Umwandlung von Rüstungs- in Friedensproduktion) gab es zumeist erst nach großen Katastrophen. Wie groß aber muss die Gefahr erst werden, damit wir mit aller Kraft gegensteuern? Ist die Gefahr der Vernichtung allen menschlichen Lebens auf der Erde durch einen Atomkrieg nicht bereits real? Steht die Atomkriegsuhre nicht seit 2018 auf zwei Minuten vor zwölf?

Müssen wir nicht zugleich aus Fukushima/Tschernobyl und Nagasaki/Hiroshima jetzt und sofort die Lehren ziehen und handeln? Droht nicht ein Völkerrechtsverbrecher und Präsident der weltgrößten Militärmacht, mit der wir uns bekanntlich in einem Militärbündnis befinden, offen mit dem Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe?

Was kann unser Land verlieren, wenn die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet? Mit unserer atomaren Teilhabe innerhalb der NATO könnten wir das Ziel einer atomwaffenfreien Welt besser erreichen – ja, das hat uns Staatsminister Herr Annen aus Hamburg

Eimsbüttel geantwortet auf die Forderung, Deutschland möge auf den Ankauf neuer Trägersysteme für modernisierte Atombomben, die in Büchel stationiert sind, verzichten. Diese Meinung teilen wir nicht! Und mit uns ist neben den Fraktionen der Grünen und Linken die Mehrheit der Hamburger SPD-Fraktion anderer Meinung. Sie unterzeichneten den ICAN-Abgeordnetenappell:

„Wir, die unterzeichnenden Abgeordneten, begrüßen die Annahme des Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen am 7. Juli 2017 in den Vereinten Nationen ausdrücklich als einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt.

Wir teilen die in der Präambel ausgedrückte, tiefe Sorge über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen und erkennen die dringende Notwendigkeit an, diese unmenschlichen und abscheulichen Waffen abzuschaffen.

Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken, da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker.“

Ich möchte mich bei Ihnen, den heutigen Vertretern der Hamburger Regierungsparteien hier im Podium dafür bedanken, dass Sie Ihrem Gewissen gefolgt sind, und Sie ermutigen, diesen Weg weiter zu gehen, um im nächsten Schritt noch vor der Wahl auch in Bürgerschaft und Senat das Votum herbeizuführen, mit dem sich Hamburg als 65. deutsche Stadt dem ICAN-Städteappell anschließt.

Übrigens: Unsere Stadt Hamburg ist über eine Kette von Firmen an Airbus beteiligt. Airbus ist in das französische Atomwaffenprogramm involviert (ballistische Raketen, Atomraketen für U-Boote und Luftwaffe). Durch den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag wäre die Stadt Hamburg verpflichtet, ihre finanzielle Beteiligung am Bau französischer Atomwaffenträgersysteme zu beenden.

Liebe Friedensfreund*innen, diejenigen, die den Frieden lieben, müssen lernen, sich noch besser zu organisieren, als diejenigen, die den Krieg lieben (Martin Luther King).

Wir sollten in diesem Sinne näher zusammenrücken und gemeinsam dem Beispiel von ICAN folgen. Begegnen wir aus unserer Stadt heraus Kriegen und Umweltzerstörung. Grüne, SPD, Linke, Konservative, Christen, Gewerkschaften, Umweltverbände eint dieses gemeinsame Interesse am Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der unserer Kinder und Enkelkinder. Knüpfen wir an die Bewegung gegen den Atomtod 1957/58 und für den Abzug der Mittelstreckenraketen in den 1980ern an. Deshalb möchte ich Sie schon jetzt zur Vorbereitung des diesjährigen Hamburger Ostermarsches mit anschließendem Friedensfest einladen. Sein Motto: Atomwaffen verschrotten, abrüsten statt aufrüsten, Waffenexporte verbieten.

Danke für ihre Aufmerksamkeit



Im April/Mai 2020 plant die NATO mit DEFENDER (Verteidiger!) 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien wird eine neue Dimension militärischer Aktivitäten erreicht. Bis zu 20.000 US-GIs mit entsprechendem schweren Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke.

Überall auf dem Kontinent demonstrieren Menschen gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung und für die Eindämmung des Klimawandels. Während die Jugend ihre Zukunft einfordert, praktiziert einer der größten Umweltvernichter unbeeindruckt seine Rituale. Die Verhinderung dieses überdimensionierten Manövers wäre ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Deutschland wird mit dem neuen Joint Support and Enable Command der NATO in Ulm, den Umschlaghäfen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie den Convoy Support Centern in Garlstedt (Niedersachsen), in Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem sächsischen Truppenübungsplatz Oberlausitz südlich von Weißwasser zur Drehscheibe der Transporte. Operativ zuständig für Transport und Manöver ist das US-Heereskommando Europa in Wiesbaden, geleitet wird es über das EUCOM in Stuttgart. Datenübertragung und ergänzende Lufttransporte erfolgen über die US-Air Base Ramstein. Parallel finden Truppenübungen auf den US-Übungsplätzen in Grafenwöhr und Hohenfels in Bayern statt.

Während der Transporte wird es zu schweren Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs entlang der Transportstrecken kommen. Die Bundeswehr hat mit der Deutschen Bahn AG eine Vorfahrtsregel für alle Militärtransporte vereinbart.

Die Größe des Manövers und die Örtlichkeit entlang der russischen Westgrenze stellen eine Provokation gegenüber Russland dar. Das Manöver birgt die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von NATO und Russland in sich. Auch der Zeitpunkt wurde nicht zufällig gewählt: 75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus vor allem durch die Rote Armee marschieren wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze auf. Mit Defender 2020 senden die USA, Großbritannien und Frankreich ein geschichtsver-

gessenes Signal an den ehemaligen Verbündeten aus der Anti-Hitler-Koalition. Das Manöver ist eine erneute Zuspitzung der Konfrontationspolitik von NATO und EU gegenüber Russland, die mit der Osterweiterung der NATO 1990 begonnen wurde und zur Einkreisung Russlands führte. Demgegenüber sollten Entspannungspolitik und freundschaftliche kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde sein. So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada gemeinsam formuliert wurde: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“

Während in Deutschland, Europa und der Welt dringend gewaltige Mittel gebraucht werden, um die aktuellen Menschheitsprobleme zu lösen, wird in allen NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf 2% des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Die militärische Aufrüstung verschlingt Mittel und Ressourcen, die für soziale, ökologische und infrastrukturelle Aufgaben schmerzlich fehlen. Im „2 plus 4“-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen. Dies ist auch der Kerngedanke des Grundgesetzes, dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Für diese Ziele treten wir ein und sagen entschieden: NEIN zum NATO-Kriegsmanöver Defender 2020.

Wir fordern:

- Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation,
- Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen Haus Europa,
- konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel.

Dafür werden wir überall vor und während des Manövers demonstrieren – gewaltfrei, aber gewaltig. Auf den Straßen, Plätzen und Brücken, den betroffenen Bahnhöfen, vor den Truppenübungsplätzen – in Deutschland und international. Mit einer Mahnwachen-Stafette an der gesamten Strecke, rechtlichen Schritten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – kreativ und vielfältig.

Wir wenden uns an alle, die sich Sorgen um den Frieden machen! Geht mit uns auf die Straßen, protestiert dort, wo ihr arbeitet und lebt!

Frieden braucht Bewegung:

Fangen wir mit diesem defENDER an!